

# Müllgebühren: Im Kreis gelten langfristige Verträge

**KREIS KLEVE** (zel) Es ist eigentlich paradox: Die Bürger vermeiden immer mehr Müll und können doch keine Kosten sparen. Denn die großen Verbrennungsanlagen verursachen hohe Fixkosten, die finanziert werden müssen.

Daher gibt es, wie berichtet, Pläne der Landesregierung, die Kommunen zu verpflichten, ihren Müll ortsnah verbrennen zu lassen. Das hätte auch direkte Folgen für den Kreis Kleve. Denn die Kreis Klever Abfallgesellschaft, die für Müllentsorgung zuständig ist, liefert den Müll zur Verbrennungsanlage nach Oberhausen und nicht nach As-



Restmülltonnen stehen zur Abholung an der Straße. Die Kreis Klever Abfallgesellschaft gibt in Sachen Gebühren Entwarnung.

RP-FOTO: PRIVAT

donkshof in Rheinberg, was näher wäre.

Bei der KKA sehen die Verantwortlichen aber derzeit keine Gefahr, dass die Gebühren für die Bürger steigen werden. „Die Überlegungen des Landes sind ja erst noch reine Planungen, noch gibt es keine Gesetzesänderung“, erläutert Jürgen Sand von der KKA. 2010 hatte die damalige schwarz-gelbe Landesregierung das Gesetz geändert und vorgeschrieben, dass Müllentsorgung öffentlich ausgeschrieben werden muss. Rot-Grün plant, ortsnah Entsorgung vorzuschreiben. „Noch ist es nicht so weit. Außer-

dem würde das erst einmal nur Neuverträge betreffen“, meint Sand. Die KAA habe einen langfristigen Vertrag mit Oberhausen. Er gilt noch bis 2019 und beinhaltet auch die Option zur Verlängerung. „Daher können die Bürger im Kreis Kleve davon ausgehen, dass es wegen einer möglichen Gesetzesänderung erst einmal keine Gebührenänderung geben wird.“

Die KKA habe von Anfang an mit Oberhausen zusammengearbeitet. Dorthin wird der Müll aus dem Kreis Kleve transportiert. Bislang sei man mit dieser Regelung auch gut gefahren, hieß es.